

## Grundschüler spenden für Müll-Kinder

**MONTessorISCHULE** 2800 Euro gehen an den Verein H.E.L.G.O., der in Kalkutta hilft

Bergedorf (bz). Die Montessori-Grundschüler von der Sternwarte setzen sich für gleichaltrige Kinder in Kalkutta ein. Stattliche 2800 Euro – den kompletten Ertrag des Schullaufs – überreichten die Sprecher der vier Grundschulklassen an den Verein H.E.L.G.O., der sich in der indischen 20-Millionen-Metropole um Kinder und Jugendliche aus den Slums kümmert.

„Das Geld kommt genau im richtigen Augenblick, weil wir von der örtlichen Regierung endlich die Freigabe für den Kauf eines Hauses bekommen haben“, sagte H.E.L.G.O.-Vorstand Sven Klauer bei der Übergabe. Der Verein will in dem etwa 100 000 Euro teuren Altbau eine Bleibe für bis zu 21 Kinder schaffen, die hier während ihrer Schulzeit wohnen, um Ruhe für das Lernen zu finden.

„Diese Kinder leben mit ihren Familien auf den riesigen Müllbergen Kalkuttas“, sagt Klauer, dessen Verein einen besonderen Weg gefunden hat, sie trotzdem zur Schulbildung zu bringen ([www.helgo-ev.de](http://www.helgo-ev.de)): Damit die Eltern auf die Arbeitskraft ihrer Kinder



Die Klassensprecher sind stolz: Johan (7), Frida (7), Chenou (6), Rasmus (7), Nelli (8), Manuel (8), Emilia (9) und Philipp Lennart (9, v. li.) mit Schulleiter Volker von Lonski (r.) bei der Spendenübergabe an H.E.L.G.O.-Vorstand Sven Klauer, der Bilder von Kindern aus Kalkutta mitgebracht hat.

verzichten können, bekommen sie als Ersatz Reis und Gemüse. Zudem steht es den Kindern frei, nach der Schule für einige Stunden auf den Müllberg zu gehen.

„Das klingt für deutsche Ohren vielleicht inkonse-

quent. Aber wir haben in unseren bisher 17 Jahren Arbeit so die größten Erfolge erzielt“, sagt Sven Klauer. „Wer die Kinder ganz aus ihrem ‚normalen‘ Alltag holt, bringt die Versorgung der Familien aus dem Gleichgewicht. Dann

drücken sie nicht lange die Schulbank. Bei uns bleiben viele dagegen vier oder sogar sechs Jahre. Anschließend sind sie keine Analphabeten mehr – und manche können sogar einigermaßen Englisch sprechen.“

## Kommen nun doch 180 Meter hohe Windkraft-Riesen?

**NACH BÜRGERENTSCHEID** SPD ermahnt die Kritiker zur Kompromissbereitschaft

Von Ulf-Peter Busse

Bergedorf. Der Bürgerentscheid zur Windkraft in den Vier- und Marschlanden liegt der Politik schwer im Magen – und bietet reichlich Stoff für den Wahlkampf. Stattliche 30 Minuten diskutierte die aktuelle Bezirksversammlung darüber, wie mit der deutlichen Ablehnung einer Erhöhung der Anlagen auf bis zu 180 Meter umzugehen sei.

Dabei nahm CDU-Fraktionschef Sven Noetzel genüsslich die Rolle des Anwalts der Kritiker ein: „Der Bürgerentscheid zeigt mit seinen zwei Dritteln Ablehnung ein eindeutiges Ergebnis. Das ist ein klares Votum für den Erhalt der Kulturlandschaft. Windkraftanlagen kann Hamburg auch außerhalb seines Staatsgebiets aufstellen.“ Und er rechnete sogar vor, dass neben den Vier- und Marschländern auch die Mehrheit der Lohbrügger, Bergedorfer und Neuallermöher gegen die erhöhten Windkraftanlagen sein muss – obwohl sich insgesamt



Zankapfel Windkraft Foto: ddp

nur 29,36 Prozent der Bewohner des Bezirks am Bürgerentscheid beteiligt haben.

Kein leichter Stand für SPD-Fraktionschef Paul Kleszcz. Denn er wie auch die anderen Fraktionen haben sich vorgenommen, das Thema nicht zu begraben, sondern jetzt einen Kompromiss mit den Bürgerinitiativen zu suchen: „Der Entscheid ist nur für die Bezirksversammlung bindend. Ob die Hamburgische Bürgerschaft bei der Änderung des Flächennutzungsplans darauf eingeht, liegt allein in ihrem Ermessen“, machte Kleszcz deutlich. Er

warb dafür, „die im September anstehenden Gespräche mit unserer Bürgerschaftsfraktion als Chance zu begreifen, einen Mittelweg für Windkraft in den Vier- und Marschlanden zu finden. Die von der CDU verbreitete Hoffnung, die Bürgerschaft folge dem Bürgerentscheid, ist trügerisch“.

Während Ernst Mohnike (FDP) bedauerte, dass ein Kompromiss nicht schon im Vorfeld des Bürgervotums gefunden wurde, konnte Liesing Lühr (Grüne) sich ohnehin „nicht vorstellen, wie moderne Windkraftanlagen stärkere Belastungen für Anwohner mit sich bringen sollen, als die alten“. Stephan Jersch (Linke) nutzte die CDU-Argumente für einen Gegenangriff: „Wer sich zum Anwalt der Gegner macht, ist jetzt gefordert, sie zu neuen Gesprächen an einen Tisch mit den Befürwortern zu holen.“ Sonst hätten CDU wie auch die Kritiker jede Chance vertan, tatsächlich die Zukunft der Vier- und Marschlande als Windkraft-Standort mitzubestimmen.

### ► Kommentar

#### Zahlensalat

Es ist erstaunlich, wie die CDU nach Bergedorfs Windkraft-Bürgerentscheid mit den Zahlen jongliert: Da wird plötzlich selbst den Bürgern außerhalb des Landgebiets unterstellt, mit deutlicher Mehrheit gegen die 180-Meter-Riesen zu sein. Dabei haben sich dort laut amtlicher Bekanntmachung nicht mal 20 Prozent an der Abstimmung überhaupt beteiligt. Und wie viele davon mit Nein votierten, ist gar nicht erfasst worden. Selbst der größte Zahlen-Akrobat müsste bei solchen Fakten aufgeben, wollte er ernsthaft eine große Mehrheit der Kritiker ausmachen. Tatsache ist, dass gut 70 Prozent der Bergedorfer Bürger gar keine Stimme abgaben. Bleibt festzustellen: Die ganz große Mehrheit der Bergedorfer sieht den Riesen mit Gelassenheit entgegen.

Ulf-Peter Busse

### WETTBEWERB

#### Die Promenade schön machen

Bergedorf (upb). Eigentlich erstreckt sich beim CCB-Fachmarktzentrum am Ufer des Schleusengrabs eine wunderschöne Promenade. Doch der Bezirk hat das Areal der Trinkerszene überlassen. Damit das anders wird, beschloss die Bezirksversammlung jetzt einstimmig, einen stadtplanerischen Ideenwettbewerb für die Studenten der Hafencity-Universität auszuschreiben.

### LOHBRÜGGER BAHNHOFSSSEITE

#### Kurzzeitparken und neue Bänke gefordert

Lohbrügge (upb). Der ehemalige Marktplatz samt riesigem Wendehammer vor dem Lohbrügger Bahnhofs-Ausgang hat aus Sicht der Bergedorfer Politiker stadtplanerisch noch erheblichen Nachholbedarf. In der Bezirksversammlung diskutierten sie Anträge, die einstigen Kurzzeit-Parkplätze wieder einzurichten sowie Sitzgelegenheiten zu schaffen. Beides soll Menschen helfen, die hier auf Bahnreisende warten.

CDU-Abgeordneter Norbert Reichelt sieht nicht ein, warum nach dem Scheitern des Feierabend-Marktes weiter auf die früher stets stark frequentierten Stellplätze verzichtet werden soll. Sein Vorstoß wurde in den Verkehrsausschuss überwiesen, wo Kosten ermittelt und auch die Frage geklärt werden soll, ob Kurzzeitparken vielleicht besser an anderer Stelle vor dem Bahnhof ermöglicht werden könnte. Im Visier für eine Al-

ternative ist unter anderem ein Teil der Parkpalette südwestlich des Wendehammers.

Die von Ute Becker-Ewe (Grüne) geforderten Sitzgelegenheiten werden demnächst den Stadtplanungsausschuss beschäftigen. Dort sollen auch die Anwohner des Areals zu Wort kommen. Denn sie hatten bei der Umgestaltung vor einem Jahr gefordert, auf jegliche Sitzgelegenheiten zu verzichten – aus Angst vor der Trinker-Szene.